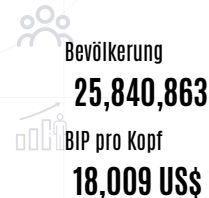
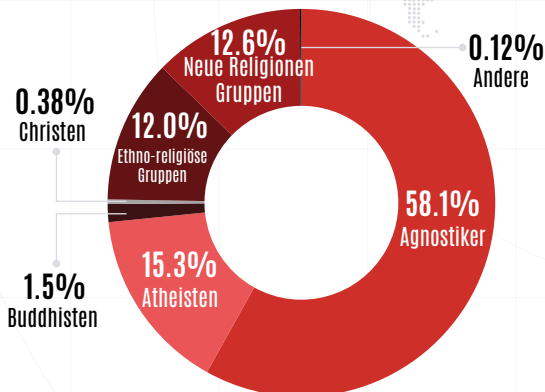




# NORDKOREA

## RELIGIONEN



## DIE GESETZSLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Bürger Nordkoreas genießen laut Artikel 68 der 2016 überarbeiteten Verfassung von 1972 „Religionsfreiheit“. Diese beinhaltet „die Genehmigung zum Bau religiöser Gebäude und die Durchführung religiöser Zeremonien“. Allerdings „darf niemand Religion als Vorwand dazu benutzen, fremde Kräfte ins Land zu holen oder dem Staat oder der sozialen Ordnung zu schaden.“

Artikel 3 der Verfassung besagt, dass „jedwedes Handeln der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea von der Juche-Ideologie und der Songun-Politik geleitet wird – eine menschenbezogene Weltsicht und die revolutionäre Ideologie der Erreichung von Unabhängigkeit für die Masse der Bevölkerung“. Die Juche-Ideologie (Juche = Eigenständigkeit) gilt als „unvergängliche“ Ideologie, die von Kim Il Sung, dem Gründer und ersten Staatsführer des Landes, entwickelt wurde.<sup>1</sup>

In der Präambel zur Verfassung ist Kim Il Sungs Platz und der Platz seines Sohnes und ersten Nachfolgers in der nationalen Mythologie fest verankert: „Der große Führer Genosse Kim Il Sung und Kim Jong Il sind die Sonne der Nation und der Leitstern der Wiedervereinigung des Vater-

landes. Beide haben die Wiedervereinigung des Landes zur wichtigsten nationalen Aufgabe erklärt und ihr gesamtes Schaffen und Streben in deren Erfüllung gesetzt. [...] Unter der Leitung der Arbeiterpartei Koreas werden die Demokratische Volksrepublik Nordkorea und das koreanische Volk die großen Führer Genossen Kim Il Sung und Kim Jong Il als ewige Juche-Führer Koreas unterstützen und ihre revolutionäre Juche-Causa zu Ende führen, indem sie ihre Ideen und Errungenschaften verteidigen und weitertragen.“<sup>2</sup>

## VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Trotz erklärter verfassungsrechtlicher Schutzvorkehrungen wird den Menschen in Nordkorea jeder Artikel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in irgendeiner Form verweigert. Im Oktober 2019 berichtete der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in der Demokratischen Volksrepublik Nordkorea, Tomás Ojea Quintana: „Es gibt keine Meinungsfreiheit und die Bürger unterliegen einem System der Kontrolle, Überwachung und Bestrafung, das ihre Menschenrechte verletzt.“<sup>3</sup> Im Dezember verabschiedete die UN-Vollversammlung eine Resolution, in der „die jahrelangen und weiterhin systematischen, weit verbreiteten und schwerwiegenden Menschenrechtsver-

letzungen in und durch“ Nordkorea verurteilt werden.<sup>4</sup> Die Vollversammlung „betont ausdrücklich ihre ernsthafte Sorge über die Verhängung der Todesstrafe aus politischen und religiösen Gründen sowie über die allumfassenden und ernsthaften Einschränkungen, online und offline, der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Glaubensfreiheit sowie der Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit.“<sup>5</sup>

Von den Nordkoreanern wird die absolute Hingabe zur herrschenden Kim-Dynastie erwartet. Im Kern des nordkoreanischen Indoktrinierungsprogramms stehen die „Zehn Prinzipien zur Errichtung der Staatsideologie“<sup>6</sup>, die das Leben jedes Nordkoreaners von früher Kindheit an prägen. Diese Prinzipien schreiben vor, dass die gesamte nordkoreanische Gesellschaft nur an die Kim-Dynastie glauben darf.<sup>7</sup> Jede Abweichung oder mutmaßliche Abtrünnigkeit – insbesondere durch Annahme eines religiösen Glaubens – wird bestraft. Nordkoreas Songun-Politik – die Kategorisierung der Menschen nach ihrer Loyalität dem Regime gegenüber und der daran gebundene Zugang zu notwendigen Dienstleistungen wie beispielsweise der Gesundheitsversorgung – stuft Christen als ‚feindselig‘ ein.<sup>8</sup> Christen „sind besonders gefährdet, da sie von der amtierenden Arbeiterpartei als ausländische Agenten angesehen werden und die Ausübung des Christentums wie ein politisches Verbrechen behandelt wird. Die nordkoreanische Propaganda hat Missionare sogar schon mit Vampiren verglichen.“<sup>9</sup>

In einem Bericht der UN-Untersuchungskommission zur Menschenrechtssituation in Nordkorea von 2014 heißt es: „Der Staat hält die Verbreitung des Christentums für eine besonders gravierende Bedrohung, da es ideologisch den offiziellen Personenkult in Frage stellt und eine Plattform für soziale und politische Organisationen und Interaktionen außerhalb des staatlichen Gewaltmonopols bietet. Außerhalb der wenigen organisierten, staatlich kontrollierten Kirchen dürfen Christen ihre Religion nicht ausüben. Tun sie es doch, werden sie verfolgt. Personen, die bei der Ausübung des Christentums entdeckt werden, werden schwer bestraft. Der Staat verletzt damit das Menschenrecht auf Religionsfreiheit und das Verbot der religiösen Diskriminierung.“<sup>10</sup>

Es ist so gut wie unmöglich, einzelne Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu beschreiben, da nur sehr wenige Ausländer ins Land gelassen werden. Informationen, die von internationalen Kommissionen und spezialisierten NGOs zusammengetragen werden, kommt somit eine be-

sondere Bedeutung zu. Dennoch sind sämtliche Erkenntnisse bestenfalls Schätzungen, die auf der Fähigkeit der Wissenschaftler beruhen, die begrenzten Informationen zu analysieren.

Laut dem Database Centre for North Korean Human Rights (Datenbankzentrum für Nordkoreanische Menschenrechte, NKDB) wurden zwischen 2007 und 2018 mindestens 1.341 Fälle von Verstößen gegen die Religions- oder Glaubensfreiheit durch nordkoreanische Behörden gemeldet. Die Verstöße umfassten „religiöse Propaganda“ und Aktivitäten, den Besitz von religiösen Gegenständen und den Kontakt mit Menschen, die an religiösen Aktivitäten beteiligt waren. Mindestens 120 Personen wurden getötet, 90 gelten als verschollen, 48 wurden körperlich verletzt, 51 verschleppt, 794 eingesperrt, und 133 Personen wurden Reisebeschränkungen auferlegt.<sup>11</sup>

2020 wurden laut dem Hilfswerk Open Doors schätzungsweise 50.000 bis 70.000 Nordkoreaner aufgrund ihres christlichen Glaubens inhaftiert. In einem Bericht heißt es: „Wenn nordkoreanische Christen aufgespürt werden (...) werden nicht nur sie selbst als politische Gefangene in Arbeitslager verbracht oder gleich vor Ort getötet. Auch ihre Familien ereilt das gleiche Schicksal.“<sup>12</sup>

Ein Artikel der Associated Press vom 2. Februar 2019, in dem Überläufer interviewt werden, beschreibt im Einzelnen, wie Christen in Nordkorea leben: „Die meisten in Nordkorea im Untergrund lebenden Christen nehmen Abstand von der überaus gefährlichen Tätigkeit des Missionierens. Stattdessen behalten sie ihren Glauben größtenteils für sich oder im engen Familienkreis. Aber auch diejenigen, die strikt im Untergrund bleiben, setzen sich Risiken aus.“<sup>13</sup>

In der Hauptstadt Pjöngjang gibt es fünf von der Regierung genehmigte Kirchen (drei evangelische, eine katholische und eine orthodoxe Kirche); Experten schätzen jedoch, dass es sich dabei um Vorzeigekirchen für ausländische Besucher handelt – „Attrappen, die darauf abzielen, den religiösen Missbrauch durch das Land zu kaschieren und ausländische Hilfe zu bekommen.“<sup>14</sup>

Yeo-sang Yoon und Sun-young Han vom NKDB bieten folgende Einblicke in die nordkoreanische Inhaftierungspolitik: „Laut der Ergebnisse einer umfassenden Studie zum Strafmaß jener, die sich religiös betätigen, werden lediglich 2,9 Prozent der Verhafteten in ein Arbeits- und Trainingslager geschickt. [...] Im Gegensatz dazu, werden 14,9 Prozent in Gefängnisse und

schockierende 81,4 Prozent in politische Gefängnislager gesteckt, die schärfste Form der Bestrafung in Nordkorea. Das zeigt, wie hart das Regime gegen diejenigen vorgeht, die sich an religiösen Aktivitäten beteiligen.“<sup>15</sup>

Volkstümlicher Glaube und Aberglaube sind von diesen Repressionen nicht ausgenommen. Im März 2019 wurden in einem öffentlichen Verfahren drei Frauen in Chongjin, Provinz North Hamgyong, wegen Wahrsagerei verurteilt; zwei wurden öffentlich hingerichtet, die dritte zu lebenslanger Haft verurteilt.<sup>16</sup>

2019 griff das nordkoreanische Regime hart gegen Falun-Gong-Praktizierende durch. Diese buddhistisch geprägte geistliche Bewegung wird in China brutal verfolgt. In Nordkorea ist sie wegen der in China arbeitenden nordkoreanischen Wanderarbeiter gewachsen. Im April 2019 haben die nordkoreanischen Behörden erstmalig eine Verordnung erlassen, in der Falun-Gong-Praktizierende dazu aufgefordert werden, ihren Status zu melden. Laut Radio Free Asia sieht die Verordnung harte Strafen gegen diejenigen vor, die dies versäumen. Kurz nach der Aufforderung verhaftete die Polizei 100 Personen im Pjöngjanger Stadtbezirk Songyo wegen Falun-Gong-Praktiken.<sup>17</sup>

Eine von der Korea Future Initiative (Korea-Zukunftsinitiative, KFI, ein Interessenverband für Menschenrechte in Nordkorea) veröffentlichte Studie aus dem Jahr 2020<sup>18</sup> liefert weitere Beweise für die Verfolgung von Christen in Nordkorea. Unter der Überschrift *Persecuting Faith: Documenting religious freedom violations in North Korea* (Den Glauben verfolgen: Dokumentierte Verstöße gegen die Religionsfreiheit in Nordkorea) stützt sich die Studie auf 117 Interviews mit Überlebenden, Zeugen und Tätern über einen Zeitraum von sieben Monaten. Sie beweist, dass Verstöße gegen die Religions- und Glaubensfreiheit in Nordkorea nach wie vor weit verbreitet sind.

Die KFI identifizierte 273 Opfer religiöser Repressalien, darunter 215 Christen und 56 Ethno-Gläubige (Schamanen), in einer Altersspanne von drei bis über 80 Jahren. Fast 60 Prozent der dokumentierten Opfer waren Frauen und Mädchen. Zu den Tatvorwürfen zählten: Religiöse Praktiken, religiöse Aktivitäten in China, Besitz religiöser Gegenstände, Kontakt zu religiösen Personen, Besuch von Gebetsstätten sowie das Teilen religiöser Überzeugungen. Die sich daraus ergebenden Strafen beinhalteten: Willkürliche Festnahmen, willkürliche

Inhaftierung, willkürliche Verhöre, Abschiebungen, Bestrafung von Familienmitgliedern, Folter und andauernde physische Übergriffe, sexuelle Gewalt, Hinrichtungen, Schauprozesse und öffentliches Bloßstellen.<sup>19</sup>

Neben den Verstößen gegen die Religions- und Glaubensfreiheit in Nordkorea muss auch die Politik und Praxis der Volksrepublik China gegenüber Nordkoreanern, die nach China geflohen sind, berücksichtigt werden. Unter Verletzung der internationalen menschenrechtlichen Grundsätze der Nichtabschiebung verfolgt China eine Politik der Zwangsrückführung, die in nahezu allen Fällen zu Inhaftierung, Folter und auch Hinrichtung führt. Am 28. April 2019 sah sich eine siebenköpfige nordkoreanische Familie der Zwangsrückführung ausgesetzt, nachdem sie nach China geflohen und dort festgenommen und inhaftiert worden war. Ein Verwandter der Familie rief um Hilfe. In Anbetracht der Situation konstatierte die in Seoul ansässige NGO Justice for North Korea (Gerechtigkeit für Nordkorea): „Internationale Organisationen und die internationale Gemeinschaft sind die einzige Möglichkeit, das Leben dieser sieben gefährdeten Personen zu retten.“<sup>20</sup> Nordkoreaner, die ihr Land ohne Erlaubnis verlassen, werden strafrechtlich verfolgt. Nordkoreaner, die zwangsrückgeführt wurden, sitzen in politischen Gefängnislagern oder ähnlichen Einrichtungen; einige von ihnen wurden hingerichtet.<sup>21</sup>

Kein Land der Welt ist heute isolierter als Nordkorea. Aufgrund der Corona-Pandemie ist es noch unzugänglicher geworden. Dadurch ist es äußerst schwierig, an verlässliche und nachprüfbare Informationen über das Ausmaß der Pandemie im Land sowie deren Auswirkungen auf die Religionsfreiheit zu kommen. Eine Konsequenz der Gesundheitskrise ist die komplette Schließung der Landesgrenzen und die Auferlegung harter Reisebeschränkungen. Nordkorea hat China inzwischen mitgeteilt, dass es seine Bürger, die zurzeit in China festgehalten werden, momentan nicht zurücknehmen möchte.<sup>22</sup>

Die führende Nordkoreaexpertin Suzanne Scholte, Direktorin der in Washington ansässigen Defense Forum Foundation, sieht dies als „einmalige Chance, das Leben von nordkoreanischen Überläufern zu retten, die in China festgehalten werden.“<sup>23</sup> In einem offenen Brief vom Oktober 2020, der in der in Seoul erscheinenden Zeitung Chosun Ilbo veröffentlicht wurde, fordert Scholte den südkoreanischen Präsidenten Moon Jae-in zu einem Appell an den

chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping auf, sämtliche momentan in China in Gewahrsam genommene nordkoreanische Überläufer freizulassen und sie nach Südkorea ausreisen zu lassen.<sup>24</sup>

In den letzten Jahrzehnten haben sich mehr als 33.000 nordkoreanische Flüchtlinge<sup>25</sup> nach ihrer Flucht aus dem Norden in Südkorea niedergelassen; Tausende sitzen aber nach wie vor in China fest. Scholte schreibt weiter: „Die meisten Flüchtlinge haben versucht, zu ihren Familien in die Republik Korea zu gelangen; dies wird von der nordkoreanischen Regierung als Verbrechen gesehen, das zu ihrer Hinrichtung führen würde, sollten sie nach Nordkorea abgeschoben werden. Einige dieser Flüchtlinge, unter ihnen kleine Kinder, sind zum Christentum konvertiert, was ebenfalls mit sofortiger Hinrichtung geahndet werden würde.“<sup>26</sup>

## PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

2018 kam es zu historischen Begegnungen zwischen Nord- und Südkorea sowie zwischen Kim-Jong-Un und US-Präsident Donald Trump. Das ließ ein wenig

Hoffnung auf ein mögliches Tauwetter in den Beziehungen aufkommen. Allerdings sind die Hoffnungen auf eine weitere Öffnung des Landes inzwischen verblasst, da es danach weder weitere Annäherungen noch greifbare, langfristige politische Veränderungen gab. Am 18. Oktober 2018 übergab der südkoreanische Präsident Moon Jae-in Papst Franziskus einen handgeschriebenen Brief des nordkoreanischen Machthabers Kim Jong-un, in dem er den Papst nach Pjöngjang einlud. Der südkoreanische oberste Pressesprecher Yoon Young-chan sagte: „Der Papst hat Präsident Moon mitgeteilt, dass er nach Erhalt einer offiziellen Einladung umgehend reagieren würde.“<sup>27</sup>

Ungeachtet dieser Angebote gilt: Solange die Diktatur von Kim Jong-Un einschließlich der Vergötterung der Kim-Dynastie in ihrer derzeitigen Form weitergeht, gibt es keinerlei Hoffnung auf Fortschritte für die Religions- und Glaubensfreiheit. Nur im Falle grundlegender und dauerhafter politischer und sozialer Reformen oder im Falle eines Regimewechsels kann mit Verbesserungen auf dem Gebiet der Menschenrechte und mit Fortschritten im Bereich Religions- und Glaubensfreiheit gerechnet werden.

- 1 Antonia Blumberg, "How North Korea's political ideology became a de-facto religion," The Huffington Post, 27. April 2017, [https://www.huffingtonpost.ca/entry/how-north-koreas-political-ideology-became-a-de-facto-religion\\_n\\_58ffaf4ee4b091e8c711108e?ri18n=true](https://www.huffingtonpost.ca/entry/how-north-koreas-political-ideology-became-a-de-facto-religion_n_58ffaf4ee4b091e8c711108e?ri18n=true) (abgerufen am 13. Februar 2021).
- 2 Korea (Democratic People's Republic of) 1972 (überarb. 2016), Constitute Project op.cit.
- 3 "Situation of human rights in the Democratic People's Republic of Korea", United Nations General Assembly, 20. September 2019, <https://reliefweb.int/report/democratic-peoples-republic-korea/report-special-rapporteur-situation-human-rights-4> (abgerufen am 19. Februar 2021)
- 4 "U.N. condemns North Korea rights abuses, Pyongyang rejects resolution", Reuters, 18. Dezember 2019; <https://www.reuters.com/article/us-northkorea-rights-un-idUSKBN1YM2J8> (abgerufen am 22. Februar 2021)
- 5 Office of International Religious Freedom, "Democratic People's Republic of Korea," Custom Report Excerpts, U.S. Department of State, <https://www.state.gov/report/custom/099459aeab/> (abgerufen am 13. Februar 2021).
- 6 "Ten Principles for the Establishment of the One-Ideology System", Columbia Law school, [http://www2.law.columbia.edu/course\\_00S\\_L9436\\_001/North%20Korea%20materials/10%20principles%20of%20juche.html](http://www2.law.columbia.edu/course_00S_L9436_001/North%20Korea%20materials/10%20principles%20of%20juche.html) (abgerufen am 19. Februar 2021)
- 7 "Realizing Religious Freedom in North Korea", Global Peace Foundation, <https://www.globalpeace.org/realizing-religious-freedom-north-korea> (abgerufen am 19. Februar 2021)
- 8 Joey Millar, "North Korea Photos: Kim's Fake Churches where actors pretend to pray to cover up abuse", Daily Express, 27. Januar 2019, <https://www.express.co.uk/news/world/909477/north-korea-news-latest-pictures-photos-churches-open-doors-kim-jong-un> (abgerufen am 19. Februar 2021)
- 9 "The National Interest: There Shall Be No God But Kim: Religious Freedom in North Korea", von USCIRF Commissioners James W. Carr und Frederick A. Davie, U.S. Commission on International Religious Freedom, 2. August 2020; <https://www.uscifr.gov/news-room/op-eds/national-interest-there-shall-be-no-god-kim-religious-freedom-north-korea> (abgerufen am 22. Februar 2021).
- 10 Report of the Commission of Inquiry on Human Rights in the Democratic People's Republic of Korea, United Nations Human Rights Council, 7. Februar 2014, S. 7, <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/CoIDPRK/Pages/ReportoftheCommissionofInquiryDPRK.aspx> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 11 Office of International Religious Freedom, "Democratic People's Republic of Korea," op. cit.
- 12 "In North Korea, Christians are considered hostile elements to be eradicated," Open Doors, <https://www.opendoorsusa.org/christian-persecution/stories/11-christians-killed-every-day-for-their-decision-to-follow-jesus/> (abgerufen am 13. Februar 2021).
- 13 "N. Korean Christians keep faith underground amid crackdowns", von Hyung-Jin Kim AP News, 2. Februar 2019; <https://apnews.com/article/a7079dea595349928d26c687fa42a19c> (abgerufen am 22. Februar 2021).
- 14 ebd.
- 15 "Competing with Secular Gods in North Korea", von Doug Bandow, National Review, 29. August 2019, <https://www.nationalreview.com/2019/08/north-korea-religious-freedom-believers-compete-with-secular-gods/> (abgerufen am 22. Februar 2021)
- 16 "North Korea stages public executions to strengthen 'social order'," Radio Free Asia, 10. April 2019, <https://www.rfa.org/english/news/korea/executions-04102019175353.html> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 17 Jieun Kim and Eugene Whong, "North Korea Begins Crackdown on Falun Gong," Radio Free Asia, 17. Mai 2019, <https://www.rfa.org/english/news/korea/nk-falun-gong-05172019164536.html> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 18 "Persecuting faith: Documenting religious freedom violations in North Korea," Korea Future Initiative (KFI), Oktober 2020, <https://www.koreafuture.org/projects/forb> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 19 ebd.
- 20 "CSW urges China to allow North Korean family safe passage," Christian Solidarity Worldwide (CSW), 15. Mai 2019, <https://www.csw.org.uk/2019/05/15/press/4335/article.htm> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 21 ebd.
- 22 Eui-jui Cho, "North Korean human rights activist Suzanne Scholte, 'Now we have a golden opportunity to save North Korean refugees,' to President Moon," North Korea Freedom Coalition, 21. Oktober 2020, <https://www.nkfreedom.org/2020/10/21/president-moon-opportunity-to-save-north-korean-refugees/> (abgerufen am 29. Dezember 2020).
- 23 ebd.
- 24 ebd.
- 25 Ministry of Unification, "Policy on North Korean defectors," Republic of Korea, [https://www.unikorea.go.kr/eng\\_unikorea/relations/statistics/defectors/](https://www.unikorea.go.kr/eng_unikorea/rerelations/statistics/defectors/) (abgerufen am 13. Februar 2021).

26 Eui-jui Cho, op. cit.

27 "Pope accepts Kim Jong-un's invitation to North Korea", The Korea Times, 18. Oktober 2018, [https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2021/02/120\\_257235.html](https://www.koreatimes.co.kr/www/nation/2021/02/120_257235.html) (abgerufen am 22. Februar 2021).